

0059



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

20. Januar 1993

**Pressemitteilung**

**Bundesrat bleibt auf Integrationspolitischem Kurs**

Bundeskanzlei

mündlich

Aufgrund der Beratung wird

**beschlossen:**

Die Pressemitteilung wird mit Aenderungen gutgeheissen  
 (s. Beilage).

Für getreuen Protokoll-  
 auszug:

*Muscat Müller*

**Protokollauszug an:**

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| - Departementsvorsteher    | 7 z.K.   |
| - Herren Generalsekretäre  | 7 z.K.   |
| - Bundesrats-Sekretärinnen | 7 z.K.   |
| - Bundeskanzlei            | 9 z.K. (FC, AC, Mu, cw, dl,<br>pf, Km, Ho, Reg.) |

**Dodis**





SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

20. 1. 93 MG  
 Selon discussion

PRESSEMITTEILUNG

## **Bundesrat bleibt auf Integrationspolitischem Kurs**

---

### **Umfassendes Programm nach dem EWR-Nein verabschiedet**

AUCH NACH DER ABLEHNUNG DES EWR-ABKOMMENS DURCH VOLK UND STÄNDE WILL DER BUNDESRAT AUF INTEGRATIONSPOLITISCHEM KURS BLEIBEN. ER HAT DESHALB BESCHLOSSEN, DEM PARLAMENT BEREITS FÜR DIE FRÜHJAHRSSSESSION EINE BOTSCHAFT ZU UNTERBREITEN, IN DER ER SEINE KÜNFTIGE INTEGRATIONSPOLITIK ERLÄUTERT, BESTREBUNGEN ZUR MARKTWIRTSCHAFTLICHEN ERNEUERUNG ANKÜNDIGT UND DIE WIEDERAUFNAHME VON EUROLEX-VORLAGEN BEANTRAGT.

Der Bundesrat hat bereits heute seine Strategie im ausserpolitischen Bereich sowie sein Reformvorhaben im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und finanzpolitischen Bereich festgelegt. Ziel dieser Politik ist es, eine Isolation der Schweiz zu vermeiden, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft insbesondere durch mehr Konkurrenz zu verbessern und die entsprechenden rechtlichen und gesellschaftlichen Reformen zu verwirklichen. Wie Bundespräsident Ogi erwähnt hat, geht es darum, nach dem EWR-Nein "nicht in Resignation zu verfallen, sondern aus der entstandenen Lage das Beste zu machen".

### **Strategie im ausserpolitischen Bereich**

Im ausserpolitischen Bereich hat der Bundesrat seinen Entschluss bekräftigt, alle Optionen offenzuhalten. Damit will er eine aktive und solidarische Zusammenarbeit mit der EG und den EFTA-Ländern sicherstellen.

Der Bundesrat sieht folgende Optionen:

- Aushandeln und Abschluss bilateraler Verträge, die eine punktuelle und sektorielle Zusammenarbeit mit der EG oder einzelnen Mitgliedstaaten ermöglichen. In erster Linie kommen dafür der Luft- und der Landverkehr sowie die Forschung in Frage; in diesen Bereichen sind die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit sowohl innen- als auch aussenpolitisch bereits vorhanden. Weiter sollen bilaterale Verträge angestrebt werden in den Bereichen der Bildung, der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, der Ursprungsregeln, der gegenseitigen Anerkennung von Tests und Zertifikaten, der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, der Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten, der Versicherungen, Asyl, der Statistik sowie allenfalls der Medien.
- Späterer Beitritt zum EWR-Abkommen; ist dieses in der Zwischenzeit weiterentwickelt worden, sind neue Verhandlungen erforderlich. Ein solcher Schritt kommt nur in Frage, wenn es die aussen- und innenpolitischen Voraussetzungen erlauben.
- Aufnahme von Verhandlungen für einen EG-Beitritt: Auch dafür müssen die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen vorhanden sein. Der Bundesrat zieht sein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht zurück. Die Verhandlungen sind im Jahr 1993 abgeschlossen. Sie kommen so lange nicht in Frage, als die politischen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Diese Politik erfordert, dass die Schweiz ihre Stellung innerhalb Europas durch intensive Kontakte mit der EG und den Nachbarländern stärkt. Gleichzeitig wird sich der Bundesrat um eine Oeffnung der Schweiz gegenüber den osteuropäischen Ländern bemühen und seine Politik auf der Ebene der Weltwirtschaft, insbesondere im Rahmen des GATT, dynamisieren.

Innenpolitisch sind die Kontakte mit dem Parlament, seinen Kommissionen, den Kantonen, den politischen Parteien und der Dialog mit dem Volk zu vertiefen. Wichtig ist auch, dass verstärkt über die europäische Integration und deren Bedeutung informiert wird.

#### **Innenpolitisches Reformprogramm**

Im innenpolitischen Bereich will der Bundesrat ein umfangreiches Reformprogramm in die Wege leiten. Dies beinhaltet sowohl Massnahmen zur marktwirtschaftlichen Erneuerung wie auch die Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen.

Die Teilnahme am EWR hätte wesentlich zur notwendigen marktwirtschaftlichen Erneuerung in der Schweiz beigetragen und zudem verschiedene gesellschaftspolitische Reformen gebracht. Nach dem Nein zum EWR stellt sich die Frage, ob die marktwirtschaftliche Erneuerung und die gesellschaftspolitischen Reformen nun nicht aus eigener Kraft an die Hand genommen werden sollten. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass dies unbedingt geschehen muss, um die negativen Auswirkungen der Ablehnung des EWR-Abkommens zu begrenzen.

### Marktwirtschaftliche Erneuerungen

Ziel der marktwirtschaftlichen Erneuerungen ist es, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu verstärken und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhöhen. Auch nach dem EWR-Nein gilt es, einen europakompatiblen Binnenmarkt Schweiz zu schaffen.

Gestützt auf die Arbeiten der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Revitalisierung" hat der Bundesrat zahlreiche Reformen beschlossen und dabei zeitliche und inhaltliche Vorgaben festgelegt.

Es handelt sich dabei um Reformen auf folgenden Gebieten: Wettbewerbspolitik (wobei vorrangig eine Revision des Kartellgesetzes vorgesehen ist), Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, Binnenmarkt, öffentliches Beschaffungswesen, wechselseitige Anerkennung von kantonalen Regelungen im innerschweizerischen Verhältnis sowie Verbesserungen der Rahmenbedingungen (Vereinfachung, Koordination und Beschleunigung der Verfahren). Alle diese Reformen sollen ohne Beeinträchtigungen der sozialen und ökologischen Errungenschaften realisiert werden. (Siehe Liste in der Beilage)

### Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen

Die Wiederaufnahme einzelner Eurolex-Vorlagen, die vom Parlament bereits beschlossen, durch das Nein zum EWR-Abkommen aber hinfällig geworden sind, ist für den Bundesrat in dreifacher Hinsicht wichtig:

- Sie leistet einen Beitrag zur Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft.
- Sie erleichtert die Realisierung gesellschaftspolitischer Reformen.

- Sie trägt dazu bei, unser Recht europakompatibel zu machen, wodurch sie auch bessere Voraussetzungen für die weitere Mitwirkung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess schafft.

Der Bundesrat hat im Hinblick auf diese Ziele geprüft, welche der 50 Eurolex-Vorlagen wieder aufgenommen werden können. Er ist dabei davon ausgegangen, dass die Wiederaufnahme einerseits sehr rasch erfolgen muss. Dies vor allem um den Schaden des EWR-Neins zu begrenzen, aber nicht zuletzt auch, weil die Vorlagen sich auf den Stand des EG-Rechts vom Sommer 1991 beziehen. Andererseits erachtet er eine Verknüpfung mit den Bestrebungen zur Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft als unerlässlich. Denn ein Teil der Vorlagen, die wieder aufgenommen werden sollen, sind insbesondere auch gesellschaftspolitisch motiviert und haben den Charakter flankierender Massnahmen im Kontext der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Dies gilt namentlich für die Vorlagen in den Bereichen des Konsumenten- und des Arbeitnehmerschutzes.

Insgesamt 15 Vorlagen können ohne materielle Aenderungen, d.h. nach ausschliesslich gesetzestechnischen und redaktionellen Anpassungen, dem Parlament wieder unterbreitet werden (siehe dazu die Liste im Anhang). Als bloss redaktionelle Aenderung gilt in diesen Fällen auch die allfällige Streichung von Bestimmungen, die ohne Teilnahme am EWR materiell sinnlos oder unvernünftig wären. Entscheidend ist, dass nicht neue, zusätzliche rechtspolitische Anliegen in diese Vorlagen aufgenommen werden.

In 12 Fällen erscheint eine Wiederaufnahme verbunden mit einem Reziprozitätsvorbehalt angezeigt. Dieser Vorbehalt bedeutet, dass die Anwendung aller oder einzelner Bestimmungen von der Gewährung des Gegenrechts abhängig gemacht wird.

In neun weiteren Fällen erscheint eine Wiederaufnahme in Verbindung mit der Realisierung anderer rechtspolitischer Anliegen, d.h. im Rahmen separater Vorlagen und im ordentlichen Verfahren, sinnvoll. Dies gilt im übrigen auch für die erstmalige Unterbreitung gewisser Vorlagen, die erst geplant oder in Vorbereitung waren, weil sie Bereiche betreffen, für die im EWR-Abkommen Uebergangsfristen eingeräumt wurden (z.B. Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, Aenderung des Gesellschaftsrechts).

Bei den restlichen Vorlagen erscheint eine Wiederaufnahme nicht angezeigt. Es handelt sich dabei z.B. um Aenderungen im Bereich des Verfahrensrechts, die Anpassung des Beamtenrechts, die Aenderung des Publikationsgesetzes und Anpassungen im Bereich des Sozialversicherungsrechts, die

nicht vom EWR-Recht geboten waren, aber aus sachlichen Gründen als notwendig erachtet wurden (IVG, ELG).

### Finanzreform

Im Fiskal- und finanzpolitischen Bereich bestätigt der Bundesrat die Ziele seiner Politik, insbesondere bei der zur Diskussion stehenden neuen Finanzordnung. Diese sind doppelter Natur: es geht einerseits um die Entlastung der Wirtschaft, andererseits um die Sanierung des Bundeshaushaltes.

Weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dauerhaft verbessert werden sollen, will der Bundesrat beide Ziele gleichzeitig anstreben. Die Abschaffung der Schattensteuer durch die Einführung der Mehrwertsteuer ist ein wichtiger Beitrag für die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Aber auch ein gesunder Haushalt ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass unser Land eine vermehrte Stabilität finden wird. Eine staatliche Verschuldung würde zudem die Wirtschaft auf dem Kapitalmarkt konkurrenzieren und somit die Zinsen in die Höhe treiben. Die Gesundung der Bundesfinanzen muss deshalb auch in wirtschaftlicher Hinsicht als prioritäre Zielsetzung betrachtet werden.

Der Bundesrat hat die Entscheide der WAK-Kommission zur Kenntnis genommen ~~und betrachtet diese als gangbaren Weg, um seine Ziele zu erreichen.~~ Allerdings ist für den Bundesrat der Beitrag dieser Reform für den Ausgleich des Bundeshaushaltes noch ungenügend, so dass nebst zusätzlichen Sparanstrengungen auch zusätzliche Einnahmen ~~innerhalb dieses Paketes~~ angestrebt werden müssen. Er wird 7 darüber in

~~Attelage~~ Schweizerische

kurz und rasch werden

Schweiz und auch föderalere Lösung gefunden werden können.

Parlamentarische Beratungen schon im März

Weil die Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen nach Auffassung des Bundesrates in Verbindung mit den Bestrebungen zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz steht und eine europapolitische Standortbestimmung voraussetzt, hat der Bundesrat beschlossen, dem Parlament eine Botschaft zu unterbreiten, die diesen drei Elementen Rechnung trägt. Die Bundeskanzlei ist beauftragt worden, die redaktionelle Koordination zu gewährleisten. Der Bundesrat hat entschieden, diese Botschaft dem Parlament bereits anfangs März zuzuleiten, damit sie in der für Ende April 1993 vorgesehenen Sondersession im Zweitrat behandelt werden könnte. Die Behandlung der Eurolex-Vorlagen kann im beschleunigten Verfahren erfolgen, weil diese bereits einmal im Parlament beraten worden sind und auf materielle Änderungen bewusst verzichtet wird.

## Kurzfristige Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft

Der Bundesrat hat auch die Vorschläge der WAK des Nationalrates diskutiert, die kurzfristig ein Ankurbelungsprogramm im Umfang von 300 Millionen für die Wirtschaft fordert. Er teilt die Auffassung, wonach die heutige Wirtschaftslage solche Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und für einen Impuls zugunsten der Schweizer Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft, notwendig mache. Er hat deshalb Bundesrat Delamuraz beauftragt, die bereits im Herbst 1992 zur Diskussion gestellten Massnahmen, insbesondere den Investitionsbonus, wiederaufzunehmen und zuhanden des Parlamentes eine Botschaft bis anfangs Februar vorzulegen. Der Bundesrat hofft, dass seine bereits erarbeiteten Vorschläge nun einen politischen Konsens finden können und vom Parlament auf dem Dringlichkeitsweg bereits in der Märzsession verabschiedet werden können.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
Informationsdienst

20.1.1993



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

COMMUNIQUE DE PRESSE

## **Le Conseil fédéral garde le cap de sa politique d'intégration**

---

Adoption d'un programme global après le «non» à l'EEE

MEME APRES LE REJET DE L'ACCORD EEE PAR LE PEUPLE ET LES CANTONS, LE CONSEIL FEDERAL ENTEND GARDER LE CAP DE SA POLITIQUE D'INTEGRATION. AUSSI A-T-IL DECIDE DE PRESENTER AU PARLEMENT UN MESSAGE POUR LA SESSION DE PRINTEMPS DEJA, DANS LEQUEL IL EXPOSERA SA POLITIQUE D'INTEGRATION, ANNONCERA LES MESURES QU'IL COMPTE PRENDRE POUR REGENERER NOTRE SYSTEME D'ECONOMIE DE MARCHE ET PROPOSERA LA REPRISE DE CERTAINS PROJETS DU PROGRAMME EUROLEX.

Le Conseil fédéral a déjà défini sa stratégie en matière de politique extérieure ainsi que ses projets de réforme dans les domaines de l'économie, de la société et des finances. Ses objectifs sont les suivants: éviter l'isolement de la Suisse et améliorer la compétitivité de notre économie, notamment en stimulant la concurrence, en procédant pour cela aux réformes nécessaires du droit et de la société. Selon Monsieur Ogi, président de la Confédération, il s'agit, après le «non» à l'EEE, de ne pas céder à la résignation, mais au contraire de tirer le meilleur parti de cette situation.



## Stratégie sur le plan extérieur

Sur le plan extérieur, le Conseil fédéral a confirmé sa décision de maintenir ouvertes toutes les options à même d'assurer une coopération active et solidaire avec la CE et avec les pays de l'AELE.

Ces options sont les suivantes:

- chercher à négocier et à conclure des accords bilatéraux susceptibles de permettre une collaboration ponctuelle ou sectorielle avec la CE ou certains de ses Etats membres. Les domaines entrant tout d'abord en considération sont ceux des transports aériens et terrestres et de la recherche, domaines dans lesquels les conditions de base existent déjà, que se soit sur le plan intérieur ou extérieur. Des accords bilatéraux seront aussi recherchés dans les domaines suivants: éducation, reconnaissance mutuelle des diplômes, règles d'origine, reconnaissance mutuelle des tests et certificats, libéralisation des marchés publics, produits agricoles transformés, assurances, asile, statistique, et les médias éventuellement;
- adhérer ultérieurement à l'Accord EEE même si celui-ci aura évolué, ce qui impliquera de nouvelles négociations. Une telle démarche ne pourra être envisagée que lorsque les conditions de politique intérieure et extérieure le permettront;
- ouvrir des négociations en vue de l'adhésion à la CE. Là aussi, les conditions de politique intérieure et extérieure devront être réunies. Le Conseil fédéral ne retire pas sa demande d'ouverture de négociations. Celles-ci sont exclues en 1993 et le resteront aussi longtemps que les conditions politiques ne seront pas réunies.

Cette politique présuppose que la Suisse renforce sa position en Europe par des contacts intenses avec la CE et les Etats voisins. Parallèlement, le Conseil fédéral oeuvrera pour développer les liens de la Suisse avec les pays d'Europe orientale et dynamiser sa politique économique dans le monde, notamment dans le cadre du GATT.

Sur le plan intérieur il s'agit en outre d'approfondir les contacts avec le Parlement et ses commissions, avec les cantons, les partis politiques et l'opinion publique, sans négliger la nécessité de continuer ses efforts d'information sur l'intégration européenne et les enjeux qu'elle comporte.

## Programme de réformes sur le plan intérieur

Sur le plan intérieur, le Conseil fédéral entend préparer un vaste programme de réformes prévoyant des mesures visant à régénérer notre système d'économie de marché, mais aussi la reprise de certains projets du programme Eurolex.

La participation à l'EEE aurait contribué dans une large mesure à la régénération, nécessaire, de notre système d'économie de marché. Elle aurait en outre conduit à des réformes de société. Après le «non» à l'EEE, la question se pose de savoir si nous ne devons pas entreprendre cette régénération et ces réformes de notre propre initiative. Le Conseil fédéral estime qu'il faut absolument oeuvrer dans ce sens afin de limiter les conséquences négatives du rejet de l'Accord EEE.

## Régénération de notre système d'économie de marché

Les objectifs de cette régénération de l'économie sont les suivants: augmenter l'attrait de la place économique suisse et accroître la compétitivité de notre économie. Même après le rejet de l'EEE, il s'agit de créer en Suisse un marché intérieur eurocompatible.

Se fondant sur les travaux du groupe de travail interdépartemental «Revitalisierung» (relance), le Conseil fédéral a décidé d'opérer de nombreuses réformes, précisant leur teneur et leur calendrier.

Les réformes seront opérées dans les domaines suivants: politique de la concurrence (priorité donnée à la révision de la loi sur les cartels), marché de l'emploi, éducation et recherche, marché intérieur, marchés publics, reconnaissance réciproque de réglementations cantonales et amélioration des conditions générales (simplification, coordination et accélération des procédures). Toutes ces réformes devront être opérées sans qu'il soit porté atteinte aux acquis sociaux et écologiques. (voir liste annexée)

## Reprise de projets Eurolex

La reprise de projets Eurolex déjà adoptés par le Parlement, mais devenus caducs après le rejet de l'Accord EEE, revêt une triple importance aux yeux du Conseil fédéral:

- elle contribuera à régénérer l'économie suisse;

- elle facilitera la mise en oeuvre de réformes de société;
- elle contribuera à rendre notre droit eurocompatible, créant également de meilleures conditions pour la poursuite de la participation de la Suisse au processus d'intégration européenne.

En fonction de ces objectifs, le Conseil fédéral a déterminé, parmi les 50 projets Eurolex, ceux qui sont susceptibles d'être repris. Il estime que cette reprise doit se faire très rapidement, surtout afin de limiter les conséquences négatives du rejet de l'EEE, mais aussi parce que les projets Eurolex ont été élaborés sur la base de l'état du droit européen en été 1991. Il pense aussi qu'il est indispensable de lier ces réformes aux mesures visant à régénérer l'économie suisse. Car une partie des projets qui doivent être repris sont le fruit de revendications sociales et ont le caractère de mesures d'accompagnement dans le contexte de la régénération économique. C'est le cas notamment des projets relatifs à la protection des consommateurs et des travailleurs.

15 projets en tout peuvent être présentés au Parlement sans subir de modifications de fond, mais uniquement des modifications rédactionnelles ou légistiques (voir liste annexée). Par modifications purement rédactionnelles, on entend ici la suppression éventuelle de dispositions qui n'auraient plus de sens ou qu'il ne serait pas judicieux de conserver en raison de notre non-participation à l'EEE, l'élément déterminant étant que ces projets ne contiennent pas des dispositions juridiques nouvelles ou supplémentaires.

Dans 12 cas, une reprise s'avère indiquée, sous réserve de réciprocité. En d'autres termes, l'application de toutes les dispositions ou de certaines d'entre elles dépendra de l'octroi du même droit par les autres parties contractantes.

Dans 9 autres cas, une reprise pourrait être judicieuse dans le cadre de la réalisation d'autres programmes législatifs, en les intégrant à d'autres projets et en les soumettant à la procédure ordinaire. Ces considérations s'appliquent aussi aux projets soumis à examen pour la première fois - projets qui venaient d'être planifiés ou qui étaient en préparation - parce qu'ils touchaient des domaines pour lesquels l'Accord EEE prévoyait des délais de transition (par exemple, la loi sur l'égalité entre homme et femme et la modification du droit des sociétés).

La reprise des projets restants ne semble pas indiquée. Il s'agit par exemple de modifications dans le domaine du droit de procédure, de l'adaptation du droit des fonctionnaires, de la modification de la loi sur les publications officielles et des adaptations du droit des assurances sociales, qui n'étaient pas exigées par le droit de l'EEE, mais que l'on estimait nécessaires pour des raisons pratiques (LAI, LPC)

### Réforme financière

En matière fiscale et financière, Le Conseil fédéral réaffirme les objectifs de sa politique, notamment dans le cadre du nouveau régime financier actuellement en discussion. L'objectif est double: libéraliser l'économie et équilibrer le budget de la Confédération.

Comme il s'agit d'améliorer durablement le contexte économique général, le Conseil fédéral veut mener ces deux objectifs parallèlement. La suppression de la taxe occulte par l'introduction de la TVA contribuera largement à accroître la compétitivité de l'économie suisse. Mais un budget équilibré reste la condition sine qua non d'une stabilité accrue pour notre pays. L'endettement de l'Etat pénaliserait l'économie sur le marché des capitaux, entraînant une hausse des taux d'intérêt. C'est pourquoi l'assainissement des finances fédérales doit être également considéré, dans la perspective économique, comme un objectif prioritaire.

Ayant pris connaissance des décisions de la Commission de l'économie et de redevances (CER), le Conseil fédéral estime qu'elles sont à même de servir ses objectifs. Toutefois, il est d'avis qu'elles ne suffiront pas à équilibrer le budget de la Confédération, si bien qu'il faut oeuvrer en vue de dégager de nouvelles recettes dans le cadre de ce train de mesures, outre les efforts d'économie supplémentaires auxquels il faut consentir.

### Délibérations au Parlement en mars déjà

Etant donné que la reprise de projets Eurolex est, aux yeux du Conseil fédéral, liée aux mesures visant à régénérer l'économie suisse et qu'elle présuppose une clarification en matière de politique européenne, le Conseil fédéral a décidé de présenter au Parlement un message qui tienne compte de ces trois éléments. La Chancellerie fédérale est chargée de coordonner les travaux de rédaction. Le Conseil fédéral a décidé de transmettre ce message au Parlement en mars déjà, afin qu'il puisse être

examiné par la seconde Chambre durant la session spéciale fixée à fin avril 1993. Le traitement des projets Eurolex pourra se faire selon la procédure accélérée parce qu'ils ont déjà été traités une fois par le Parlement et qu'ils n'ont pas subi de modifications de fond.

#### Mesures à court terme en vue de relancer l'économie

Le Conseil fédéral a également examiné les propositions de la CER du Conseil national, qui réclame, à court terme, un programme de relance de l'économie d'un montant de 300 millions de francs. Comme la commission, il pense que la situation économique actuelle rend nécessaires ces mesures de lutte contre le chômage et de stimulation de l'économie, notamment du secteur de la construction. Aussi a-t-il chargé M. Delamuraz, conseiller fédéral, de reprendre les mesures qui avaient été examinées en automne 1992 déjà, notamment le bonus à l'investissement, et de présenter un message au Parlement avant le début février. Le Conseil fédéral espère qu'un consensus politique se dessinera autour de ses propositions et que des mesures pourront être adoptées par le Parlement en procédure d'urgence, en mars déjà.

CHANCELLERIE FEDERALE  
Service d'information

20.1.1993



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

**PRESSEMITTEILUNG**

## **Bundesrat bleibt auf Integrationspolitischem Kurs**

---

### **Umfassendes Programm nach dem EWR-Nein verabschiedet**

AUCH NACH DER ABLEHNUNG DES EWR-ABKOMMENS DURCH VOLK UND STÄNDE WILL DER BUNDESRAT AUF INTEGRATIONSPOLITISCHEM KURS BLEIBEN. ER HAT DESHALB BESCHLOSSEN, DEM PARLAMENT BEREITS FÜR DIE FRÜHJAHRSSSESSION EINE BOTSCHAFT ZU UNTERBREITEN, IN DER ER SEINE KÜNFTIGE INTEGRATIONSPOLITIK ERLÄUTERT, BESTREBUNGEN ZUR MARKTWIRTSCHAFTLICHEN ERNEUERUNG ANKÜNDIGT UND DIE WIEDERAUFNAHME VON EUROLEX-VORLAGEN BEANTRAGT.

Der Bundesrat hat bereits heute seine Strategie im ausserpolitischen Bereich sowie sein Reformvorhaben im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und finanzpolitischen Bereich festgelegt. Ziel dieser Politik ist es, eine Isolation der Schweiz zu vermeiden, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft insbesondere durch mehr Konkurrenz zu verbessern und die entsprechenden rechtlichen und gesellschaftlichen Reformen zu verwirklichen. Wie Bundespräsident Ogi erwähnt hat, geht es darum, nach dem EWR-Nein "nicht in Resignation zu verfallen, sondern aus der entstandenen Lage das Beste zu machen".

### **Strategie im ausserpolitischen Bereich**

Im ausserpolitischen Bereich hat der Bundesrat seinen Entschluss bekräftigt, alle Optionen offenzuhalten. Damit will er eine aktive und solidarische Zusammenarbeit mit der EG und den EFTA-Ländern sicherstellen.

Der Bundesrat sieht folgende Optionen:

- Aushandeln und Abschluss bilateraler Verträge, die eine punktuelle und sektorielle Zusammenarbeit mit der EG oder einzelnen Mitgliedstaaten ermöglichen. In erster Linie kommen dafür der Luft- und der Landverkehr sowie die Forschung in Frage; in diesen Bereichen sind die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit sowohl innen- als auch aussenpolitisch bereits vorhanden. Weiter sollen bilaterale Verträge angestrebt werden in den Bereichen der Bildung, der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, der Ursprungsregeln, der gegenseitigen Anerkennung von Tests und Zertifikaten, der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, der Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten, der Versicherungen, Asyl, der Statistik sowie allenfalls der Medien.
- Späterer Beitritt zum EWR-Abkommen; ist dieses in der Zwischenzeit weiterentwickelt worden, sind neue Verhandlungen erforderlich. Ein solcher Schritt kommt nur in Frage, wenn es die aussen- und innenpolitischen Voraussetzungen erlauben.
- Aufnahme von Verhandlungen für einen EG-Beitritt: Auch dafür müssen die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen vorhanden sein. Der Bundesrat zieht sein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht zurück. Die Verhandlungen sind im Jahr 1993 abgeschlossen. Sie kommen so lange nicht in Frage, als die politischen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Diese Politik erfordert, dass die Schweiz ihre Stellung innerhalb Europas durch intensive Kontakte mit der EG und den Nachbarländern stärkt. Gleichzeitig wird sich der Bundesrat um eine Oeffnung der Schweiz gegenüber den osteuropäischen Ländern bemühen und seine Politik auf der Ebene der Weltwirtschaft, insbesondere im Rahmen des GATT, dynamisieren.

Innenpolitisch sind die Kontakte mit dem Parlament, seinen Kommissionen, den Kantonen, den politischen Parteien und der Dialog mit dem Volk zu vertiefen. Wichtig ist auch, dass verstärkt über die europäische Integration und deren Bedeutung informiert wird.

#### **Innenpolitisches Reformprogramm**

Im innenpolitischen Bereich will der Bundesrat ein umfangreiches Reformprogramm in die Wege leiten. Dies beinhaltet sowohl Massnahmen zur marktwirtschaftlichen Erneuerung wie auch die Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen.

- Sie trägt dazu bei, unser Recht europakompatibel zu machen, wodurch sie auch bessere Voraussetzungen für die weitere Mitwirkung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess schafft.

Der Bundesrat hat im Hinblick auf diese Ziele geprüft, welche der 50 Eurolex-Vorlagen wieder aufgenommen werden können. Er ist dabei davon ausgegangen, dass die Wiederaufnahme einerseits sehr rasch erfolgen muss. Dies vor allem um den Schaden des EWR-Neins zu begrenzen, aber nicht zuletzt auch, weil die Vorlagen sich auf den Stand des EG-Rechts vom Sommer 1991 beziehen. Andererseits erachtet er eine Verknüpfung mit den Bestrebungen zur Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft als unerlässlich. Denn ein Teil der Vorlagen, die wieder aufgenommen werden sollen, sind insbesondere auch gesellschaftspolitisch motiviert und haben den Charakter flankierender Massnahmen im Kontext der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Dies gilt namentlich für die Vorlagen in den Bereichen des Konsumenten- und des Arbeitnehmerschutzes.

Insgesamt 15 Vorlagen können ohne materielle Aenderungen, d.h. nach ausschliesslich gesetzestechnischen und redaktionellen Anpassungen, dem Parlament wieder unterbreitet werden (siehe dazu die Liste im Anhang). Als bloss redaktionelle Aenderung gilt in diesen Fällen auch die allfällige Streichung von Bestimmungen, die ohne Teilnahme am EWR materiell sinnlos oder unvernünftig wären. Entscheidend ist, dass nicht neue, zusätzliche rechtspolitische Anliegen in diese Vorlagen aufgenommen werden.

In 12 Fällen erscheint eine Wiederaufnahme verbunden mit einem Reziprozitätsvorbehalt angezeigt. Dieser Vorbehalt bedeutet, dass die Anwendung aller oder einzelner Bestimmungen von der Gewährung des Gegenrechts abhängig gemacht wird.

In neun weiteren Fällen erscheint eine Wiederaufnahme in Verbindung mit der Realisierung anderer rechtspolitischer Anliegen, d.h. im Rahmen separater Vorlagen und im ordentlichen Verfahren, sinnvoll. Dies gilt im übrigen auch für die erstmalige Unterbreitung gewisser Vorlagen, die erst geplant oder in Vorbereitung waren, weil sie Bereiche betreffen, für die im EWR-Abkommen Uebergangsfristen eingeräumt wurden (z.B. Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, Aenderung des Gesellschaftsrechts).

Bei den restlichen Vorlagen erscheint eine Wiederaufnahme nicht angezeigt. Es handelt sich dabei z.B. um Aenderungen im Bereich des Verfahrensrechts, die Anpassung des Beamtenrechts, die Aenderung des Publikationsgesetzes und Anpassungen im Bereich des Sozialversicherungsrechts, die



Die Teilnahme am EWR hätte wesentlich zur notwendigen marktwirtschaftlichen Erneuerung in der Schweiz beigetragen und zudem verschiedene gesellschaftspolitische Reformen gebracht. Nach dem Nein zum EWR stellt sich die Frage, ob die marktwirtschaftliche Erneuerung und die gesellschaftspolitischen Reformen nun nicht aus eigener Kraft an die Hand genommen werden sollten. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass dies unbedingt geschehen muss, um die negativen Auswirkungen der Ablehnung des EWR-Abkommens zu begrenzen.

### **Marktwirtschaftliche Erneuerungen**

Ziel der marktwirtschaftlichen Erneuerungen ist es, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu verstärken und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhöhen. Auch nach dem EWR-Nein gilt es, einen europa-kompatiblen Binnenmarkt Schweiz zu schaffen.

Gestützt auf die Arbeiten der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Revitalisierung" hat der Bundesrat zahlreiche Reformen beschlossen und dabei zeitliche und inhaltliche Vorgaben festgelegt.

Es handelt sich dabei um Reformen auf folgenden Gebieten: Wettbewerbspolitik (wobei vorrangig eine Revision des Kartellgesetzes vorgesehen ist), Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, Binnenmarkt, öffentliches Beschaffungswesen, wechselseitige Anerkennung von kantonalen Regelungen im innerschweizerischen Verhältnis sowie Verbesserungen der Rahmenbedingungen (Vereinfachung, Koordination und Beschleunigung der Verfahren). Alle diese Reformen sollen ohne Beeinträchtigungen der sozialen und ökologischen Errungenschaften realisiert werden. (Siehe Liste in der Beilage)

### **Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen**

Die Wiederaufnahme einzelner Eurolex-Vorlagen, die vom Parlament bereits beschlossen, durch das Nein zum EWR-Abkommen aber hinfällig geworden sind, ist für den Bundesrat in dreifacher Hinsicht wichtig:

- Sie leistet einen Beitrag zur Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft.
- Sie erleichtert die Realisierung gesellschaftspolitischer Reformen.

nicht vom EWR-Recht geboten waren, aber aus sachlichen Gründen als notwendig erachtet wurden (IVG, ELG).

### **Finanzreform**

Im Fiskal- und finanzpolitischen Bereich bestätigt der Bundesrat die Ziele seiner Politik, insbesondere bei der zur Diskussion stehenden neuen Finanzordnung. Diese sind doppelter Natur: es geht einerseits um die Entlastung der Wirtschaft, andererseits um die Sanierung des Bundeshaushaltes.

Weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dauerhaft verbessert werden sollen, will der Bundesrat beide Ziele gleichzeitig anstreben. Die Abschaffung der Schattensteuer durch die Einführung der Mehrwertsteuer ist ein wichtiger Beitrag für die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Aber auch ein gesunder Haushalt ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass unser Land eine vermehrte Stabilität finden wird. Eine staatliche Verschuldung würde zudem die Wirtschaft auf dem Kapitalmarkt konkurrenzieren und somit die Zinsen in die Höhe treiben. Die Gesundung der Bundesfinanzen muss deshalb auch in wirtschaftlicher Hinsicht als prioritäre Zielsetzung betrachtet werden.

Der Bundesrat hat die Entscheide der WAK-Kommission zur Kenntnis genommen. Für den Bundesrat ist allerdings der Beitrag dieser Reform für den Ausgleich des Bundeshaushaltes ungenügend, so dass nebst zusätzlichen schmerzhaften Sparanstrengungen auch zusätzliche Einnahmen angestrebt werden müssen. Er wird sich deshalb in den nächsten Wochen durch Gespräche mit den zuständigen Kommissionen und den Bundesrats-Parteien dafür einsetzen, dass eine bessere und ausgeglichene Lösung gefunden werden kann.

### **Parlamentarische Beratungen schon im März**

Weil die Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen nach Auffassung des Bundesrates in Verbindung mit den Bestrebungen zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz steht und eine europapolitische Standortbestimmung voraussetzt, hat der Bundesrat beschlossen, dem Parlament eine Botschaft zu unterbreiten, die diesen drei Elementen Rechnung trägt. Die Bundeskanzlei ist beauftragt worden, die redaktionelle Koordination zu gewährleisten. Der Bundesrat hat entschieden, diese Botschaft dem Parlament bereits anfangs März zuzuleiten, damit sie in der für Ende April 1993 vorgesehenen Sondersession im Zweitrat behandelt werden könnte.

Die Behandlung der Eurolex-Vorlagen kann im beschleunigten Verfahren erfolgen, weil diese bereits einmal im Parlament beraten worden sind und auf materielle Aenderungen bewusst verzichtet wird.

#### **Kurzfristige Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft**

Der Bundesrat hat auch die Vorschläge der WAK des Nationalrates diskutiert, die kurzfristig ein Ankurbelungsprogramm im Umfang von 300 Millionen für die Wirtschaft fordert. Er hat zudem Bundesrat Delamuraz beauftragt, die bereits im Herbst 1992 zur Diskussion gestellten Massnahmen, insbesondere den Investitionsbonus, wiederaufzunehmen und zuhanden der Kommission Vorentwürfe zu Bundesbeschlüssen vorzubereiten betreffend die Bereiche öffentliches Bauwesen, energietechnische Sanierung von Gebäuden und Wohnbauförderung. Zur Zweckmässigkeit dieser Ziele wird der Bundesrat Stellung nehmen, sobald die Vorentwürfe vorliegen.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
Informationsdienst

20.1.1993



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

COMMUNIQUE DE PRESSE

## **Le Conseil fédéral garde le cap de sa politique d'intégration**

---

### **Adoption d'un programme global après le «non» à l'EEE**

MEME APRES LE REJET DE L'ACCORD EEE PAR LE PEUPLE ET LES CANTONS, LE CONSEIL FEDERAL ENTEND GARDER LE CAP DE SA POLITIQUE D'INTEGRATION. AUSSI A-T-IL DECIDE DE PRESENTER AU PARLEMENT UN MESSAGE POUR LA SESSION DE PRINTEMPS DEJA, DANS LEQUEL IL EXPOSERA SA POLITIQUE D'INTEGRATION, ANNONCERA LES MESURES QU'IL COMPTE PRENDRE POUR REGENERER NOTRE SYSTEME D'ECONOMIE DE MARCHÉ ET PROPOSERA LA REPRISE DE CERTAINS PROJETS DU PROGRAMME EUROLEX.

Le Conseil fédéral a déjà défini sa stratégie en matière de politique extérieure ainsi que ses projets de réforme dans les domaines de l'économie, de la société et des finances. Ses objectifs sont les suivants: éviter l'isolement de la Suisse et améliorer la compétitivité de notre économie, notamment en stimulant la concurrence, en procédant pour cela aux réformes nécessaires du droit et de la société. Selon Monsieur Ogi, président de la Confédération, il s'agit, après le «non» à l'EEE, de ne pas céder à la résignation, mais au contraire de tirer le meilleur parti de cette situation.

## Stratégie sur le plan extérieur

Sur le plan extérieur, le Conseil fédéral a confirmé sa décision de maintenir ouvertes toutes les options à même d'assurer une coopération active et solidaire avec la CE et avec les pays de l'AELE.

Ces options sont les suivantes:

- chercher à négocier et à conclure des accords bilatéraux susceptibles de permettre une collaboration ponctuelle ou sectorielle avec la CE ou certains de ses Etats membres. Les domaines entrant tout d'abord en considération sont ceux des transports aériens et terrestres et de la recherche, domaines dans lesquels les conditions de base existent déjà, que se soit sur le plan intérieur ou extérieur. Des accords bilatéraux seront aussi recherchés dans les domaines suivants: éducation, reconnaissance mutuelle des diplômes, règles d'origine, reconnaissance mutuelle des tests et certificats, libéralisation des marchés publics, produits agricoles transformés, assurances, asile, statistique, et les médias éventuellement;
- adhérer ultérieurement à l'Accord EEE même si celui-ci aura évolué, ce qui impliquera de nouvelles négociations. Une telle démarche ne pourra être envisagée que lorsque les conditions de politique intérieure et extérieure le permettront;
- ouvrir des négociations en vue de l'adhésion à la CE. Là aussi, les conditions de politique intérieure et extérieure devront être réunies. Le Conseil fédéral ne retire pas sa demande d'ouverture de négociations. Celles-ci sont exclues en 1993 et le resteront aussi longtemps que les conditions politiques ne seront pas réunies.

Cette politique présuppose que la Suisse renforce sa position en Europe par des contacts intenses avec la CE et les Etats voisins. Parallèlement, le Conseil fédéral oeuvrera pour développer les liens de la Suisse avec les pays d'Europe orientale et dynamiser sa politique économique dans le monde, notamment dans le cadre du GATT.

Sur le plan intérieur il s'agit en outre d'approfondir les contacts avec le Parlement et ses commissions, avec les cantons, les partis politiques et l'opinion publique, sans négliger la nécessité de continuer ses efforts d'information sur l'intégration européenne et les enjeux qu'elle comporte.

## Programme de réformes sur le plan intérieur

Sur le plan intérieur, le Conseil fédéral entend préparer un vaste programme de réformes prévoyant des mesures visant à régénérer notre système d'économie de marché, mais aussi la reprise de certains projets du programme Eurolex.

La participation à l'EEE aurait contribué dans une large mesure à la régénération, nécessaire, de notre système d'économie de marché. Elle aurait en outre conduit à des réformes de société. Après le «non» à l'EEE, la question se pose de savoir si nous ne devons pas entreprendre cette régénération et ces réformes de notre propre initiative. Le Conseil fédéral estime qu'il faut absolument oeuvrer dans ce sens afin de limiter les conséquences négatives du rejet de l'Accord EEE.

## Régénération de notre système d'économie de marché

Les objectifs de cette régénération de l'économie sont les suivants: augmenter l'attrait de la place économique suisse et accroître la compétitivité de notre économie. Même après le rejet de l'EEE, il s'agit de créer en Suisse un marché intérieur eurocompatible.

Se fondant sur les travaux du groupe de travail interdépartemental «Revitalisierung» (relance), le Conseil fédéral a décidé d'opérer de nombreuses réformes, précisant leur teneur et leur calendrier.

Les réformes seront opérées dans les domaines suivants: politique de la concurrence (priorité donnée à la révision de la loi sur les cartels), marché de l'emploi, éducation et recherche, marché intérieur, marchés publics, reconnaissance réciproque de réglementations cantonales et amélioration des conditions générales (simplification, coordination et accélération des procédures). Toutes ces réformes devront être opérées sans qu'il soit porté atteinte aux acquis sociaux et écologiques. (voir liste annexée)

## Reprise de projets Eurolex

La reprise de projets Eurolex déjà adoptés par le Parlement, mais devenus caducs après le rejet de l'Accord EEE, revêt une triple importance aux yeux du Conseil fédéral:

- elle contribuera à régénérer l'économie suisse;

- elle facilitera la mise en oeuvre de réformes de société;
- elle contribuera à rendre notre droit eurocompatible, créant également de meilleures conditions pour la poursuite de la participation de la Suisse au processus d'intégration européenne.

En fonction de ces objectifs, le Conseil fédéral a déterminé, parmi les 50 projets Eurolex, ceux qui sont susceptibles d'être repris. Il estime que cette reprise doit se faire très rapidement, surtout afin de limiter les conséquences négatives du rejet de l'EEE, mais aussi parce que les projets Eurolex ont été élaborés sur la base de l'état du droit européen en été 1991. Il pense aussi qu'il est indispensable de lier ces réformes aux mesures visant à régénérer l'économie suisse. Car une partie des projets qui doivent être repris sont le fruit de revendications sociales et ont le caractère de mesures d'accompagnement dans le contexte de la régénération économique. C'est le cas notamment des projets relatifs à la protection des consommateurs et des travailleurs.

15 projets en tout peuvent être présentés au Parlement sans subir de modifications de fond, mais uniquement des modifications rédactionnelles ou légistiques (voir liste annexée). Par modifications purement rédactionnelles, on entend ici la suppression éventuelle de dispositions qui n'auraient plus de sens ou qu'il ne serait pas judicieux de conserver en raison de notre non-participation à l'EEE, l'élément déterminant étant que ces projets ne contiennent pas des dispositions juridiques nouvelles ou supplémentaires.

Dans 12 cas, une reprise s'avère indiquée, sous réserve de réciprocité. En d'autres termes, l'application de toutes les dispositions ou de certaines d'entre elles dépendra de l'octroi du même droit par les autres parties contractantes.

Dans 9 autres cas, une reprise pourrait être judicieuse dans le cadre de la réalisation d'autres programmes législatifs, en les intégrant à d'autres projets et en les soumettant à la procédure ordinaire. Ces considérations s'appliquent aussi aux projets soumis à examen pour la première fois - projets qui venaient d'être planifiés ou qui étaient en préparation - parce qu'ils touchaient des domaines pour lesquels l'Accord EEE prévoyait des délais de transition (par exemple, la loi sur l'égalité entre homme et femme et la modification du droit des sociétés).

La reprise des projets restants ne semble pas indiquée. Il s'agit par exemple de modifications dans le domaine du droit de procédure, de l'adaptation du droit des fonctionnaires, de la modification de la loi sur les publications officielles et des adaptations du droit des assurances sociales, qui n'étaient pas exigées par le droit de l'EEE, mais que l'on estimait nécessaires pour des raisons pratiques (LAI, LPC)

### Réforme financière

En matière fiscale et financière, Le Conseil fédéral réaffirme les objectifs de sa politique, notamment dans le cadre du nouveau régime financier actuellement en discussion. L'objectif est double: libéraliser l'économie et équilibrer le budget de la Confédération.

Comme il s'agit d'améliorer durablement le contexte économique général, le Conseil fédéral veut mener ces deux objectifs parallèlement. La suppression de la taxe occulte par l'introduction de la TVA contribuera largement à accroître la compétitivité de l'économie suisse. Mais un budget équilibré reste la condition sine qua non d'une stabilité accrue pour notre pays. L'endettement de l'Etat pénaliserait l'économie sur le marché des capitaux, entraînant une hausse des taux d'intérêt. C'est pourquoi l'assainissement des finances fédérales doit être également considéré, dans la perspective économique, comme un objectif prioritaire.

Le Conseil fédéral a pris connaissance des décisions de la Commission de l'économie et de redevances (CER). Toutefois, il est d'avis que le train de mesures proposé par la CER ne suffira pas à équilibrer le budget de la Confédération, de sorte que de nouvelles recettes devront compléter les douloureux efforts en vue d'économies supplémentaires. Durant les semaines à venir, par des entretiens avec les commissions compétentes et les partis gouvernementaux, il s'efforcera de rechercher des solutions meilleures et plus équilibrées.

### Délibérations au Parlement en mars déjà

Etant donné que la reprise de projets Eurolex est, aux yeux du Conseil fédéral, liée aux mesures visant à régénérer l'économie suisse et qu'elle présuppose une clarification en matière de politique européenne, le Conseil fédéral a décidé de présenter au Parlement un message qui tienne compte de ces trois éléments. La Chancellerie fédérale est chargée de coordonner les travaux de rédac-



tion. Le Conseil fédéral a décidé de transmettre ce message au Parlement en mars déjà, afin qu'il puisse être examiné par la seconde Chambre durant la session spéciale fixée à fin avril 1993. Le traitement des projets Eurolex pourra se faire selon la procédure accélérée parce qu'ils ont déjà été traités une fois par le Parlement et qu'ils n'ont pas subi de modifications de fond.

#### Mesures à court terme en vue de relancer l'économie

Le Conseil fédéral a également examiné les propositions de la CER du Conseil national, qui réclame, à court terme, un programme de relance de l'économie d'un montant de 300 millions de francs. Aussi a-t-il chargé M. Delamuraz, conseiller fédéral, de reprendre les mesures qui avaient été examinées en automne 1992 déjà, notamment le bonus à l'investissement, et de préparer, à l'intention de la Commission, des avants-projets d'arrêtés fédéraux couvrant les domaines des constructions publiques, de l'assainissement énergétique des constructions et de l'aide fédérale au logement. Le Conseil fédéral s'exprimera quant à l'opportunité de ces intentions au moment où il présentera ces avant-projets.

CHANCELLERIE FEDERALE  
Service d'information

20.1.1993



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI  
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE  
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

COMUNICATO STAMPA

## **Il Consiglio federale mantiene l'opzione della politica di integrazione**

---

Varato un vasto programma dopo il no allo SEE

NONOSTANTE IL RIGETTO DELL'ACCORDO SEE DA PARTE DEL POPOLO E DEI CANTONI, IL CONSIGLIO FEDERALE INTENDE MANTENERE L'OPZIONE DELLA POLITICA DI INTEGRAZIONE. HA PERTANTO DECISO DI SOTTOPORRE AL PARLAMENTO GIÀ SIN DALLA PROSSIMA SESSIONE PRIMAVERILE UN MESSAGGIO A SOSTEGNO DELLA SUA FUTURA POLITICA DI INTEGRAZIONE, CHE SPIEGA I SUOI SFORZI IN VISTA DEL RINNOVO DELL'ECONOMIA DI MERCATO E POSTULA LA RIPRESA DEI PROGETTI DI REVISIONE PRESENTATI NELL'AMBITO DI EUROLEX.

Il Consiglio federale ha già stabilito oggi la sua strategia nel settore della politica estera ed i suoi progetti di riforme economiche, di società e di politica finanziaria. Scopo di questa politica è quello di evitare l'isolamento della Svizzera, di migliorare la capacità concorrenziale della nostra economia e di attuare le relative riforme giuridiche e di società. Come ribadito dall'on. Ogi, presidente della Confederazione, si tratta di non «precipitare nella rassegnazione dopo il no allo SEE, bensì di trarre il meglio dalla situazione che è venuta a crearsi».

## Strategia a livello di politica estera

Sul piano della politica estera, il Consiglio federale ha confermato la decisione di mantenere aperte tutte le opzioni atte a garantire una cooperazione attiva e solidale con la CE e con i Paesi dell'AELS.

Per opzioni del Consiglio federale si intende:

- apertura di negoziati e conclusione di accordi bilaterali che consentano una collaborazione puntuale o settoriale con la CE o taluni suoi Stati membri. I settori che entrano prioritariamente in considerazione sono i trasporti aerei e terrestri e la ricerca, visto che già racchiudono le condizioni quadro dal profilo della politica interna e di quella esterna. Ulteriori accordi bilaterali saranno proposti nel campo dell'educazione, del riconoscimento dei diplomi, delle norme sull'origine, del mutuo riconoscimento dei collaudi e dei certificati, della liberalizzazione degli appalti pubblici, dei prodotti agricoli trasformati, delle assicurazioni, dell'asilo, della statistica e eventualmente anche dei media;
- adesione successiva all'accordo SEE; qualora nel frattempo esso dovesse essere stato ulteriormente sviluppato saranno necessari nuovi negoziati. Questo passo potrà essere prospettato soltanto se le condizioni politiche interne ed esterne lo consentiranno;
- apertura di negoziati in vista dell'adesione della Svizzera alla CE. Anche in questo caso devono essere riunite le condizioni politiche interne ed esterne. Il Consiglio federale non ritira la sua domanda di apertura di negoziati. I negoziati sono comunque esclusi nel 1993 e di norma fintantoché i presupposti politici non saranno adempiti.

Questa politica presuppone provvedimenti intesi a rafforzare la posizione della Svizzera in Europa per il tramite di contatti intensificati con la CE e gli Stati limitrofi. Parallelamente, il Consiglio federale si adopera per intensificare i legami della Svizzera con i Paesi dell'Europa orientale e dinamizzare la sua politica economica nel mondo, in particolare nell'ambito del GATT.

A livello di politica interna si tratta inoltre di continuare e di potenziare i contatti con il Parlamento e le sue Commissioni, con i Cantoni e i partiti politici. Altrettanto importante è il potenziamento dell'informazione sull'integrazione europea e sulla posta in gioco in questo campo.

## **Programma di riforme interne**

Sul piano della politica interna, il Consiglio federale intende avviare un vasto programma di riforme, che comprende provvedimenti in vista del rinnovo dell'economia di mercato e della ripesa dei progetti di revisione presentati nell'ambito di Eurolex.

L'adesione allo SEE avrebbe fortemente contribuito al necessario rinnovo dell'economia di mercato nel nostro Paese e inoltre introdotto altre importanti riforme di società. In seguito al rigetto del relativo Accordo, ci si deve chiedere se non si debbano intraprendere autonomamente questo rinnovo e queste riforme. Il Consiglio federale lo ritiene indispensabile per potere limitare le ripercussioni negative del rigetto dello SEE.

### **Rinnovo dell'economia di mercato**

Scopo del rinnovo dell'economia di mercato è di potenziare l'attrattiva della piazza economica svizzera e di migliorare la capacità concorrenziale della nostra economia. Nonostante il no allo SEE occorre creare in Svizzera un mercato interno eurocompatibile.

Sulla scorta dei lavori del gruppo interdipartimentale di lavoro «Rivitalizzazione», il Consiglio federale ha deciso numerose riforme, stabilendo nel contempo priorità a livello di attuazione e di contenuto.

Si tratta di riforme nei seguenti settori: politica concorrenziale (con priorità alla revisione della legge sui cartelli), mercato del lavoro, formazione e ricerca, mercato interno, appalti pubblici, mutuo riconoscimento delle norme cantonali nei rapporti interni a livello svizzero nonché miglioramento delle condizioni quadro (semplificazione, coordinamento e accelerazione delle procedure). Tutte queste riforme devono essere attuate senza pregiudicare le conquiste sociali ed ecologiche (cfr. elenco in allegato).

### **Ripresa dei progetti di revisione di Eurolex**

Nell'ottica del Consiglio federale, la **ripresa di singoli progetti di revisione proposti nell'ambito di Eurolex**, già adottati dal Parlamento ma divenuti caduchi in seguito al rigetto dell'Accordo SEE, riveste una triplice importanza:

- contribuisce al rinnovo dell'economia svizzera;
- facilita l'attuazione di riforme di società;

- favorisce l'eurocompatibilità del nostro diritto, creando nel contempo migliori condizioni per un'ulteriore partecipazione della Svizzera al processo di integrazione europea.

In vista dell'attuazione di questi obiettivi, il Consiglio federale ha esaminato quali dei 50 progetti Eurolex potessero essere ripresi. I criteri in vista della ripresa sono da un canto la rapidità della stessa, soprattutto per limitare le ripercussioni negative del no allo SEE, ma anche perché i progetti di revisione poggiano sullo stato della legislazione nell'estate del 1991. D'altro canto, l'indispensabilità di un nesso con gli sforzi in vista del rinnovo dell'economia svizzera: infatti alcuni dei progetti di revisione dei quali si propone la ripresa sono particolarmente motivati dal profilo sociopolitico e svolgono la funzione di provvedimenti di sostegno nel contesto del rinnovo dell'economia di mercato, come per esempio nel caso dei disegni di legge nel settore della protezione dei consumatori e dei lavoratori.

15 disegni di legge possono essere nuovamente sottoposti al Parlamento senza modificazioni, ossia con soli adeguamenti redazionali e di tecnica legislativa (cfr. l'elenco in allegato). Si considera semplice modificazione redazionale l'eventuale stralcio di disposizioni che sarebbero materialmente prive di senso o irrazionali senza un'effettiva partecipazione allo SEE. In questo contesto è determinante che in questi disegni non vengano introdotte proposte giuridiche nuove o supplementari.

In 12 casi l'eventuale ripresa dei disegni di legge va vincolata alla riserva della reciprocità. Questa riserva significa che l'applicazione di tutte o di singole disposizioni dipende dalla concessione del diritto di reciprocità

In altri nove casi la ripresa può sembrare giudiziosa unitamente all'attuazione di altre proposte, per esempio nell'ambito di progetti separati e secondo la procedura ordinaria. Questo modo di procedere vale in particolare per la prima presentazione di taluni nuovi disegni - allo stato di pianificazione o in fase di elaborazione -, in quanto concernono settori per i quali l'Accordo SEE prevedeva un periodo transitorio (per es. legge federale sulla parità di trattamento tra uomo e donna, modificazione del diritto societario).

Per quanto concerne gli altri disegni di legge, la loro ripresa non sembra opportuna. Si tratta per esempio di modificazioni nel settore del diritto procedurale, dell'adeguamento delle legislazione sui funzionari, di modificazioni alla legge sulle pubblicazioni ufficiali e di adeguamenti nel settore della normativa sulle assicurazioni sociali, che non erano dettate dall'Accordo SEE, ma che apparivano comunque necessarie per motivi pratici (LAI, LPC).

## **Riforma finanziaria**

Nel settore della politica fiscale e finanziaria il Consiglio federale ribadisce i propri obiettivi, in particolare per quanto riguarda il nuovo ordinamento finanziario tuttora in discussione. Sono obiettivi di duplice natura: da un canto si tratta di sgravare l'economia; dall'altro, di risanare le finanze federali.

Visto che le condizioni quadro economiche devono essere migliorate durevolmente, il Consiglio federale intende perseguire simultaneamente questi due scopi. Lo soppressione della tassa occulta successiva all'introduzione dell'imposta sul valore aggiunto costituisce un importante contributo al potenziamento della capacità concorrenziale dell'economia svizzera. L'equilibrio delle finanze è parimenti una condizione indispensabile affinché il nostro Paese ritrovi una maggiore stabilità. Un indebitamento dello Stato verrebbe a concorrenziare l'economia sul mercato dei capitali, provocando un'esplosione delle aliquote di interesse. Il risanamento delle finanze federali deve pertanto essere considerato un obiettivo prioritario anche dal profilo economico.

Il Consiglio federale ha preso nota delle decisioni della Commissione dell'economia e delle contribuzioni. Nondimeno il Consiglio federale considera insufficiente l'apporto di questa riforma ai fini dell'equilibrio delle finanze, ragione per la quale, oltre ad ulteriori e dolorosi sforzi di risparmio, si dovranno prevedere entrate supplementari. Pertanto nel corso delle prossime settimane si adopererà per il tramite di colloqui con le Commissioni competenti e con i partiti di Governo affinché venga trovata una soluzione migliore e più equilibrata.

## **Dibattiti parlamentari già in marzo**

Partendo dall'idea che la ripresa dei progetti di revisione presentati nell'ambito di Eurolex è vincolata agli sforzi in vista del rinnovo economico della Svizzera e presuppone una precisa posizione nel contesto politico europeo, il Consiglio federale ha deciso di sottoporre al Parlamento un messaggio che tenga conto di questi tre elementi. La Cancelleria federale è stata incaricata di assumere il coordinamento redazionale. Il Consiglio federale ha deciso di sottoporre questo messaggio al Parlamento già all'inizio di marzo, affinché possa essere discusso dalla seconda Camera nel corso della sessione straordinaria prevista per fine aprile 1993. L'esame dei progetti presentati nell'ambito di Eurolex potrà essere effettuato in procedura accelerata, visto che sono già stati esaminati una prima volta dal Parlamento e che si sono volutamente escluse le modificazioni materiali.

### **Provvedimenti a breve termine per l'incremento dell'economia**

Il Consiglio federale ha altresì esaminato le proposte della Commissione dell'economia e delle contribuzioni del Consiglio nazionale che prevedono a breve termine un programma di incremento dell'economia di un volume di 300 milioni di franchi. Il Consiglio federale ha pertanto incaricato l'on. consigliere federale Delamuraz di riprendere le misure già discusse nell'autunno del 1992 - in particolare il bonus agli investimenti - e di elaborare all'attenzione della Commissione avamprogetti di decreti federali relativi ai settori delle pubbliche costruzioni, del risanamento energetico e dell'aiuto federale a favore delle abitazioni. Il Consiglio federale si esprimerà sull'opportunità di queste proposte al momento della presentazione degli avamprogetti.

CANCELLERIA FEDERALE SVIZZERA  
Servizio d'informazione

20.1.1993